



## Antrag

Fraktion AfD

### **Straßenausbaubeiträge rückwirkend abschaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum Stichtag 1. Januar 2020 erfolgt.

### **Begründung**

Nachdem sich bereits die Entscheidungsfindung zur Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge innerhalb der Kenia-Koalition langwierig gestaltete, verzögert sich nun auch die rechtliche Umsetzung, wie die „Volksstimme“ am 14. Januar 2020 unter dem Titel „Chaos um Straßenausbaubeiträge“ berichtete. Strittig ist weiterhin die Frage, welcher Stichtag für die Kostenfreiheit der Straßenanlieger gelten soll. Das Innenministerium war zwischenzeitlich damit beauftragt worden, Informationen über die Vorgehensweise anderer Bundesländer und mögliche juristische Hürden zu sammeln. Entsprechende Ergebnisse, die bis zum 13. Dezember 2019 vom Ministerium vorgelegt werden sollten, fehlen bislang. Auch die erste Sitzung einer Koalitionsarbeitsgruppe, die mit der Erarbeitung des Gesetzes betraut ist, fand im Dezember 2019 nicht wie geplant statt.

Wohneigentümer und Kommunen leiden derweil unter den Unklarheiten bezüglich des Zeitpunkts der Kostenfreiheit und der offenen Fragen zur Kompensation der Beitragsausfälle für die Kommunen. Für betroffene Anwohner und Firmen geht es angesichts hoher Beitragsrechnungen um Existenzen und Arbeitsplätze. Wie stark der Wunsch der Bevölkerung nach einer Kostenentlastung ist, beweist eine Volksinitiative in Sachsen-Anhalt, die bereits 38.000 Unterschriften für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gesammelt hat.

Den Kommunen fehlt es an Planungssicherheit für ihre Bautätigkeit. In Stendal ruhen aufgrund der rechtlichen und finanziellen Unklarheiten alle kommunalen Straßenbau-

(Ausgegeben am 20.01.2020)

vorhaben für die nächsten zwei Jahre. Auch andernorts herrscht Verunsicherung. Es besteht die Gefahr, dass besonders der ländliche Raum durch die Aufschiebung von Baumaßnahmen infrastrukturell noch weiter zurückfällt.

Zur finanziellen Entlastung der Bürger hat eine schnelle und möglichst gerechte Gesetzeslösung für die AfD-Fraktion oberste Priorität. Daher soll die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum Stichtag 1. Januar 2020 erfolgen. Die Gesetzesänderung ist zügig umzusetzen, um Rechts- und Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender